

Geschichtsklitterung auf Tschechisch

Prager Frühling Ein halbes Jahrhundert nach der Niederschlagung der Reformbewegung trommeln Kommunisten wie auch die politische Rechte für Moskau. Sie behaupten, die Sowjetunion trage gar keine Schuld am Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen.

Florian Hassel

Moskauer Vorwürfe an die Adresse der Ukraine sind in jüngerer Zeit alles andere als selten. Doch dass nun aus dem tschechischen Prag Vorwürfe an Kiew zu hören waren, überrascht doch sehr: Anlässlich des 50. Jahrestags des Prager Frühlings heisst es da, nicht die Russen seien für die Invasion von 1968 verantwortlich, mit der Truppen des Warschauer Paktes am 21. August 1968 den Prager Frühling gewaltsam beendeten. Nein, schuld sei vielmehr die Ukraine – die damals aber, wie auch das heutige Russland, noch Teil der Sowjetunion war.

So stellt jedenfalls Tschechiens Kommunistenchef Vojtech Filip die jüngere Geschichte seines Landes dar. Die historische Sicht auf 1968 sei «zu hundert Prozent gefälscht» und stehe «auf den Füßen eines antirussischen Standpunktes». Schliesslich sei der damalige sowjetische Parteichef Leonid Breschnew ein Ukrainer gewesen, hätten ukrainische Soldaten «den Hauptanteil der Invasionstruppen» gestellt, habe 1968 im sowjetischen Politbüro «ein einziger Russe» gesessen – und ausgerechnet der habe gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen gestimmt, sagte Filip dem britischen «Guardian» und tschechischen Medien. Weder trage Moskau in Gestalt des heutigen Russland die Verantwortung, noch müssten sich die tschechischen Kommunisten im Zusammenhang mit dem Prager Frühling für irgendetwas entschuldigen.

Kommunisten in Regierung

Die Aussagen Filip kamen, nur wenige Tage bevor Tschechien heute Dienstag mit Reden, Ausstellungen und einem Konzert der Sängerin Marta Kubisova auf dem Prager Wenzelsplatz des Einmarschs von 250 000 Soldaten aus der Sowjetunion, Bulgarien, Polen, Ungarn gedenken wird. Filip's Worte lösten in Prag Entrüstung aus: Folge man seiner Logik, seien auch «die Deutschen nicht für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich, weil Hitler Österreicher war», ätzte etwa die Parlamentarierin Markéta Pekarová Adamová von der konservativen Partei Top 09.

Zwar stimmt, dass 1968 der damalige ukrainische Kommunistenchef Petro Schelest als eines von elf Vollmitgliedern des sowjetischen Politbüros eifrig für eine Invasion in der Tschechoslowakei geworben hatte – er hatte ein Übergreifen des in der damaligen Tschechoslowakei um sich greifenden Demokratiegedankens auf die Ukraine befürchtet. Doch das sowjetische Politbüro wurde 1968 von fünf Russen dominiert. Parteichef Breschnew wurde zwar in der heutigen Ukraine geboren. Sein Vater aber war Russe, seine Staatsangehörigkeit ist, wie die so vieler im Vielvölkerstaat UdSSR, umstritten. In Moskau drängte 1968 unter anderem KGB-Chef Juri Andropow zu einer Invasion; die endgültige Entscheidung zum Einmarsch fiel am 17. August 1968 im Politbüro, gemäss dem Sitzungsprotokoll einstimmig. Zudem ist Russland der Rechtsnachfolger der untergegangenen UdSSR.

Die Geschichtsklitterung des Prager Kommunistenchefs sorgt auch deshalb für Aufregung, weil die Kommunistische Partei und andere Moskau-Freunde in Tschechien ein halbes Jahrhundert nach der blutigen Niederschlagung des Prager Frühlings deutlich an Einfluss gewonnen haben. Tschechiens Kommunisten sind die einzige bis heute unreformierte KP in Osteuropa. Sie haben eine zwar schrumpfende, aber immer noch ansehnliche Wählerschaft. Bei der Parlamentswahl im Herbst 2017 kamen die Kommunisten auf knapp acht Pro-



August 1968: Mit Fackeln und blossen Händen versuchten die Tschechen, die russischen Panzer zu stoppen. Foto: Popperfoto/Getty

zent der Stimmen, seit einigen Wochen tragen sie gar die Regierung mit.

Weil der populistische Ministerpräsident Andrej Babis, ein Milliardär, unter dem Verdacht millionenschweren Betruges steht, wollen etliche Parteien nicht mit ihm koalieren. Seit einem Deal im Juli tragen daher die 15 kommunistischen Parlamentarier die Babis-Regierung im 150 Köpfe starken Parlament mit. KP-Chef Filip, ein 63-jähriger Anwalt, ist seit kurzem stellvertretender Parlamentspräsident. Ministerpräsident Babis, selbst ehemaliges KP-Mitglied, adelte den neuen De-facto-Koalitionspartner als «demokratische

Partei», die sich «staatsbildend und konstruktiv» verhalte.

Die kommunistische Herrschaft in der Tschechoslowakei war eine Gewalt Herrschaft: Mehr als eine Viertelmillion Tschechen und Slowaken wurden wegen «politischer Verbrechen» verurteilt, Zehntausende zu Zwangsarbeit in Uranminen geschickt. Und zu denjenigen, die Moskau 1968 zum Einmarsch drängten, gehörten auch tschechische KP-Funktionäre. Die Invasion, bei der Bürger wie der 91 Jahre alte Antonin Abraham buchstäblich von Panzern überrollt wurden, kostete laut den tschechischen Historikern Prokop Tomek und Ivo Pejcoch al-

lein in den ersten Tagen 138 Menschen das Leben; rund 400 Menschen starben später. Hunderttausende verloren in der Folge bei den zur «Normalisierung» erhobenen Repressionen der kommunistischen Hardliner ihre Arbeit. 300 000 flohen ins westliche Ausland.

Kommunistenchef Filip, dessen Parteizentrale in Prag in der «Strasse der politischen Gefangenen» liegt, sieht mit Blick auf 1968 bis heute keinen Grund zur Entschuldigung und schwadroniert von einem angeblichen «antirussischen Standpunkt». Dabei halten Teile des russischen Militärs die Niederschlagung des Prager Frühlings von 1968 bis heu-

te für richtig. Mitte November 2017 kommentierte der vom russischen Verteidigungsministerium betriebene Fernsehsender Zwjesda auf seiner Website, die Tschechen sollten dankbar sein, dass die sowjetisch geführten Truppen 1968 einmarschiert seien und so einen angeblichen westlichen Coup in der CSSR verhindert hätten.

Im heutigen Tschechien hat Moskau neben den Kommunisten noch mehr Parteigänger: etwa Präsident Milos Zeman oder die im Oktober 2017 mit knapp elf Prozent der Stimmen ins Parlament gewählte rechtsradikale Partei SPD, die der Halbjapaner Tomio Okamura führt. Kommunistenchef Filip folgt jedoch offen einer Moskauer Linie. Er plädiert für einen Austritt Tschechiens aus der Nato

«Wenn wir von der Eroberung unserer Heimat lernen wollen, sollten wir uns daran erinnern.»

Michael Horacek
Autor aus Prag

und für ein Referendum über den Austritt aus der EU. Filip stellte die Revolution auf dem Kiewer Maidan 2014 als angeblichen westlichen Coup dar und nannte die ukrainische Regierung ein «faschistisches Regime».

Petr Blazek vom Institut zum Studium totalitärer Regime sieht in Filip's Ukraine-Aussagen einen für Moskau sehr dienlichen Zweck. Es gehe offenbar darum, von der «Besetzung der Krim durch Russland» abzulenken und die Ansprüche der Ukraine infrage zu stellen, so der Historiker auf Radio Prag. In der Tat sind neben mehreren Politikern der tschechischen Rechtspartei SPD auch KP-Parteikollegen Filip's regelmässig zu Gast beim Moskauer Marionettenregime in der Ostukraine und auf der von Moskau rechtswidrig annektierten Krim. Sowohl Kommunisten wie rechtsradikale SPD-Politiker organisieren prorussische Veranstaltungen mit und plädieren für ein Ende der EU-Sanktionen gegen Moskau.

Putin-Freund Zeman sagt nichts

In Tschechien selbst stehen nicht nur die Kommunisten am Jahrestag in der Kritik. Präsident Zeman besucht häufig Präsident Putin, er wird vom Prager Thinktank «Europäische Werte» als «trojanisches Pferd des Kreml» eingeschätzt. Zwar werden am Dienstag Premier Babis und andere Politiker vor der Zentrale des tschechischen Radios – der Sender stand im Zentrum der Strassenkämpfe – Kränze niederlegen und Reden halten. Zeman aber weigert sich zu sprechen. Er betrachte die Invasion als Verbrechen, sehe aber keinen Grund, die Besetzung 50 Jahre später durch eine Ansprache wieder zum Thema zu machen, hiess es offiziell.

Der Prager Autor Michael Horacek dagegen hält das Erinnern an den 50. Jahrestag des Einmarsches für wichtig: wegen der bis heute andauernden «Pflicht der Zaren», die «Macht und den Einfluss des russischen Imperiums auszuweiten», schrieb er. «Das Imperium war stark, die Tschechoslowakei schwach – vor allem im globalen Machtspiel. Und wenn wir von der Eroberung unserer Heimat lernen wollen, sollten wir uns daran erinnern – nicht nur im August.»

Panzer gegen den «Sozialismus mit menschlichem Antlitz»

Am 21. August 1968 marschierte die sowjetische Armee in die Tschechoslowakei ein und machte die Reformbewegung des Prager Frühlings zunichte. Der damalige Chef der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, Alexander Dubcek, wollte einen «Sozialismus mit menschlichem Antlitz» etablieren. Die Zensur war abgeschafft worden, es herrschte Versammlungsfreiheit, und die ersten wirtschaftlichen Reformen begannen zu greifen.

Bis auf wenige Eingeweihte in Partei und Geheimpolizei ahnte keiner der 14 Millionen Tschechen und Slowaken etwas. Bereits in der Nacht rollten die ersten sowjetischen Panzer über die tschechoslowakische Grenze, unterstützt von bulgarischen, ungarischen, polnischen und ostdeutschen Einheiten.

Viele Menschen setzten sich friedlich zur Wehr. Sie demontierten Strassenschilder oder drehten sie in die falsche Richtung, um die ortsunkundigen Sol-

daten zu verwirren. Regelmässig ertönten im Einklang Hupen, Fabriksirenen und Kirchenglocken als Zeichen der Unterstützung für den verhafteten Dubcek. Dieser und andere Amtsträger wurden in den Kreml gebracht und gezwungen, das sogenannte Moskauer Protokoll zu unterschreiben. Es machte fast alle Reformen rückgängig und schrieb die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei fest. Die Besetzung dauerte mehr als zwanzig Jahre. (red)